

Frist bis 2019:

## **Union und SPD wollen Offshore-Windstrom stärker fördern**

Für die Windkraft vor den deutschen Küsten soll es etwas länger eine höhere Anfangsförderung geben. Union und SPD vereinbarten nun, die höhere Vergütung bis 2019 zu verlängern. Die Parteien hoffen auf Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich.

Berlin - Betreiber von Windkraftanlagen auf hoher See können trotz der geplanten Einschnitte bei der Ökostrom-Förderung auf eine stärkere Förderung als bislang hoffen. Die Betreiber der Anlagen in Nord- und Ostsee sollen zwei Jahre länger als bisher geplant noch von höheren Vergütungen für ihren Strom profitieren können, wie Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) bekanntgaben. „Wir glauben, dass damit ein Knoten gelöst werden kann und die nächste Welle von Investitionen ausgelöst wird“, sagte Altmaier. Weil sprach von rund zwölf Milliarden Euro.

Hintergrund ist der stockende Ausbau der Offshore-Energie, was vor allem die Küstenregionen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein trifft, die große Hoffnungen auf die Milliarden-Projekte gesetzt haben. Um den Bau zu beschleunigen, war das sogenannte Stauchungsmodell ins Leben gerufen worden. Es sieht vor, dass die Betreiber statt der üblichen Vergütung von 15 Cent pro Kilowattstunde über zwölf Jahre auch 19 Cent über acht Jahre kassieren können. Mit der Möglichkeit einer höheren Anfangsvergütung soll die Finanzierung durch Banken erleichtert werden. Dieses Stauchungsmodell wäre aber 2017 ausgelaufen, hätte also nur für bis dahin fertiggestellte Anlagen gegriffen. Wegen des langen Planungsvorlaufs hätten neue Projekte den Termin nicht mehr erreichen können. Daher soll das Modell nun bis Ende 2019 verlängert werden.

Weil sagte, nun werde es möglich, dass bis 2020 die von Union und SPD geplanten 6,5 Gigawatt Offshore-Leistung installiert werden könnten. Die Parteien haben im Entwurf zum Koalitionsvertrag die Ausbauziele gekürzt: Für 2020 sind jetzt 6,5 Gigawatt statt zuvor zehn Gigawatt vorgesehen. Für 2030 sollen es nun 15 statt 25 Gigawatt sein.

cte/Reuters